Kooperationsverbund
Offene Kinder & Jugendarbeit

Stellungnahme der LAG Offene Kinder- und Jugendarbeit Hessen e.V. und des Kooperationsverbunds Offene Kinder- & Jugendarbeit zu den Jugendprotesten

Junge Menschen haben ein Recht darauf, gehört zu werden. Ihre Zukunft ist bedroht. Es gehört zu einer Demokratie, politische Entscheidungen zu hinterfragen, Kritik zu üben, sich zu organisieren und für Interessen auf die Straße zu gehen. Protest ist ein demokratisches Grundrecht.

Am 31. Oktober sind junge Menschen auf die Straße gegangen. Die Jugendforschung (z. B. die Shell Jugendstudie 2024) liefert schon seit geraumer Zeit Hinweise darauf, dass sich junge um die Zukunft unserer Gesellschaft Menschen Sorgen machen. Zugleich sind sie skeptisch gegenüber politischen Parteien und Institutionen. Sie halten politisch Verantwortliche für kurzsichtig, wenig transparent und verlässlich in dem, was sie vertreten und entscheiden. Sie kritisieren, dass die Interessen zukünftiger Generationen nicht ausreichend berücksichtigt werden.

In der Kinder- und Jugendarbeit, die nah an den jungen Menschen dran ist, haben viele Fachkräfte den Eindruck gewonnen, dass es eine wachsende Gruppe derer gibt, die sich frustriert und belastet ins Private bzw. in digitale Räume zurückziehen. Es ist gut, dass sich junge Menschen jetzt organisieren und ihre Anliegen und Kritik auf die Straße tragen – in Deutschland und anderswo in Europa (Italien, Frankreich, Serbien, Albanien, Spanien, Portugal, Großbritannien, Belgien, Irland, Griechenland) und der Welt (z. B. Madagaskar, Nepal, Marokko, Bangladesch).

In 34 Städten sind rund 120.000 junge Menschen dem Aufruf der Initiative „Gen Z regelt“ gefolgt. Sie sind friedlich auf die Straße gegangen, um ihre Interessen zu vertreten, auf Missstände aufmerksam zu machen und für ihre Zukunft einzustehen. Bunt und laut, mit dem Wunsch, gehört zu werden und die Gesellschaft mitzugestalten; ein gutes Zeichen für die Demokratie.

Daneben kam es am Rande oder im Anschluss an die Demonstrationen – etwa in Frankfurt am Main und Köln – aber auch zu Ausschreitungen. Unser Mitgefühl gilt allen, die dabei verletzt wurden oder Schaden erlitten haben.

Es ist gut, dass in der Berichterstattung weitgehend versucht wurde, zwischen den Protesten und den Ausschreitungen zu differenzieren und deutlich zu machen, dass die allermeisten jungen Menschen einen konstruktiven Austausch suchen. Entgegen den Aussagen mancher Politiker:innen sind auch die an den Ausschreitungen beteiligten jungen Menschen Teil unserer Gesellschaft. Es geht nicht darum, Gewalt, Zerstörung und Plünderungen als politisches Mittel zu legitimieren. Die Aggressionen entstammen aber nicht einfach „schlechten Charaktereigenschaften oder verqueren Vorstellungen von revolutionärem Aktivismus. Sie müssen auch gelesen werden als extremer Ausdruck einer Gesellschaft, in der sich am ehesten Gehör verschaffen vermag, wer entweder per Amt und Macht über eine laute öffentliche Stimme verfügt – oder rücksichtslos Ellbogen (beziehungsweise eben Fäuste und Steine) gebraucht“ (Frankfurter Rundschau 02.11.2026).

Für die jungen Menschen, die friedlich demonstriert haben, ist es frustrierend, dass vor allem über die Ausschreitungen gesprochen wird und kaum über die Themen und inhaltliche Kritik, die sie formuliert haben. Es gibt politische Akteure, die sich explizit hinter die jungen Menschen stellen. Sehr viel hörbarer sind leider diejenigen, die sich darauf konzentrieren, die Ausschreitungen zu verurteilen; dies übrigens keineswegs nur im Nachhinein – bereits kurz nach der Ankündigung der Demonstrationen warnten Politiker:innen vor „Krawallmigranten“, ohne zu den Forderungen Stellung zu nehmen Ein Verbot zukünftiger Demonstrationen zu erwägen ist nicht nur unvernünftig, sondern auch gefährlich. Protest und Kritik zu üben ist ein demokratisches Grundrecht!

Gleichzeitig befürchten wir, dass die Zunahme anlassloser polizeilicher Kontrollen im Nachgang zu den Vorfällen vor allem junge, migrantisch gelesene Personen unter Generalverdacht stellt. Das kann das Gefühl des Nicht-Gehört-Werdens verstärken, zumindest wenn nicht gleichzeitig Möglichkeiten der Teilhabe und Orte der Anerkennung ausgebaut werden.

Was bisher fehlt, ist ein echtes Gesprächsangebot an die jungen Menschen und eine Bereitschaft der politischen Akteure, sich selbstkritisch mit der formulierten Kritik und den inhaltlichen Anliegen der jungen Menschen auseinanderzusetzen.

Es scheint wenig Interesse daran zu geben, wer diese jungen Menschen wirklich sind und was sie angetrieben hat. Wem als Antwort auf die Forderung junger Menschen nicht mehr einfällt, als hart durchzugreifen und ein Demonstrationsverbot anzudrohen und ihnen damit quasi den Mund zu verbieten, der verhindert nicht weitere Ausschreitungen, sondern erreicht das Gegenteil.

Die LAG Offene Kinder- und Jugendarbeit Hessen e.V. und der Kooperationsverbund Offene Kinder- und Jugendarbeit nehmen diese Proteste und die damit verbundenen Anliegen junger Menschen ausdrücklich ernst. Die Forderungen nach besseren und sanierten Schulen, einem leistungsfähigen und zukunftsfähigen Bildungssystem, bezahlbarem Wohnraum und einem entschiedenen Handeln gegen die Klimakrise sind berechtigt und verdienen Unterstützung. Es geht um zentrale Fragen der Lebenswirklichkeit junger Menschen – und um ihre Zukunft. Wir sprechen uns auch für eine konstruktive Auseinandersetzung mit den jungen Menschen aus, deren Wut, Enttäuschung und auch das Gefühl, mit den eigenen Anliegen nicht ernst genommen zu werden, so groß zu sein scheint, dass sie Grenzen überschreiten, auch die zwischen friedlichem Protest und Gewalt.

Die politischen Konsequenzen liegen aus unserer Sicht vor allem darin, junge Menschen konsequent an der Frage einer lebenswerten, zukünftigen Gesellschaft zu beteiligen und ihnen realen Einfluss auf Entscheidungen einzuräumen, mit ihnen Macht zu teilen. Und zwar auf allen Ebenen und an allen Orten, die für junge Menschen relevant sind: in den Kindertagesstätten, in den Schulen, in der Kinder- und Jugendarbeit, im öffentlichen Raum, auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Es reicht nicht, einige privilegierte junge Menschen in formalen Jugendvertretungsgremien sprechen zu lassen. Wenn wir auch diejenigen erreichen wollen, die die Erfahrung gemacht haben, dass sie nicht zu denjenigen gehören, denen man zuhört und die als Teil dieser Gesellschaft wertgeschätzt werden, müssen Konflikte als Ausdruck unterschiedlicher Interessen und ungleicher Teilhabemöglichkeiten ernst genommen werden. Das ist nicht nur im Interesse der kleiner werdenden Gruppe junger Menschen, denen wir voraussichtlich einige ‚Großbaustellen' (z. B. die Folgen des Klimawandels) hinterlassen werden, sondern auch im Interesse unserer alternden Gesellschaft.

Offene Kinder- und Jugendarbeit kann für politische Akteure ein wichtiger Partner sein und ist ein Ort, an dem es explizit um die jungen Menschen und ihre Themen geht. Hier können sie eine eigene Meinung entwickeln, artikulieren und vertreten lernen. Sie ermöglicht und begleitet Auseinandersetzung über unterschiedliche Interessen, fördert so demokratische Kompetenzen und unterstützt junge Menschen darin, ihre Interessen selbstbewusst einzubringen – auch im Stadtteil oder ihrer Kommune. Sie kann dazu beitragen, dass jugendliche Stimmen hörbar werden – bunt, laut, vielfältig und auch unbequem. Das setzt voraus, dass sie als kommunale Infrastruktur erhalten und verlässlich finanziert wird – gerade in Zeiten knapper kommunaler Haushalte.

Wir rufen die politischen Akteure dazu auf: Schaffen Sie Räume für Dialog und echte Beteiligung. Nehmen Sie Kritik ernst. Verzichten Sie auf Demonstrationsverbote und anlasslose Kontrollen. Sichern Sie die Offene Kinder- und Jugendarbeit dauerhaft ab. Lassen Sie sich in Frage stellen und halten Sie Widerspruch aus. Gestalten wir die Zukunft gemeinsam mit jungen Menschen!

Zeichnende Institutionen

